

Meinungsforum Entwicklungspolitik

Nr. 4, 4. August 2011

Afrika in Entwicklung – ein Paradigmenwechsel ist nötig

Patrick Chabal

Patrick Chabal ist Professor für Afrikanische Geschichte und Politik am King's College in London und einer der international renommiertesten Forscher zu afrikanischer Zeitgeschichte. Er ist Autor des wegweisenden Buchs *Africa works: Disorder as Political Instrument*, dessen Thesen der aktuellen Debatte zu Neopatrimonialismus als Schlüsselaspekt afrikanischen Regierens zugrunde liegen. Sein neuestes Buch ist *Africa: the politics of suffering and smiling*.



In der Reihe „Meinungsforum Entwicklungspolitik“ publiziert die KfW in lockerer Reihenfolge persönliche Stellungnahmen von renommierten Entwicklungsforschern zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen. Die inhaltliche Verantwortung für den Text liegt ausschließlich beim Autor. Die KfW teilt nicht notwendigerweise die vorgetragenen Ansichten.

In einer Zeit, in der manche ein Ende der Entwicklungshilfe für Afrika fordern, ist es wichtig zu fragen, warum – nach Auffassung vieler – in Afrika keine Entwicklung stattzufinden scheint. Liegt die Lösung in einer Steigerung der Hilfe, besseren Institutionen, einem stärkeren Staat, weniger Korruption oder engagierterer Führung? Oder hat das Problem damit zu tun, wie wir über Entwicklung denken und wie wir die Mittel hierzu konzipieren?

Im Folgenden behaupte ich, dass wir statt mehr Hilfe einen grundlegenden Paradigmenwechsel der EZ brauchen. Beginnen muss dieser mit einem besseren Verständnis der Annahmen und Standpunkte, die die westliche Entwicklungshilfe antreiben. Außerdem ist eine bessere Kenntnis der Geschichte des Kontinents nötig, sowie der Kausalitäten, die seiner Entwicklung zugrunde liegen.

Entwickelt sich Afrika?

Über diese Frage besteht keine Einigkeit. Optimisten sagen, dass es einen deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums in Afrika gibt, dass Bürgerkriege und *warlordism* abgenommen haben, gerade in Ländern wie Liberia, Sierra Leone und Ruanda. Demokratisierung in Form von Mehrparteien-Wahlen ist in weiten Teilen des Kontinents etabliert, und es gibt große Fortschritte bei der Eindämmung und Behandlung von HIV/Aids. Pessimisten halten dagegen, dass das pro-Kopf-Einkommen nicht gewachsen ist, sondern Einkommensunterschiede und Armut zuge-

nommen haben. Zahlreiche zivile Konflikte wie in Darfur und der Demokratischen Republik Kongo dauern an, kriminelle und Bandengewalt nehmen zu. Wahlen beispielsweise in Kenia, der Elfenbeinküste und im Kongo haben letztlich zu Unruhen geführt. Und solange Armut so weit verbreitet ist, gibt es kaum Aussichten, dass die Gesundheitssituation in Afrika sich insgesamt verbessert.

Solch grundlegender Dissens überrascht. Im Mindesten unterstreicht er, dass wir in vieler Hinsicht immer noch ratlos sind, was in Afrika passiert und wie wir das am besten begreifen können. Statt mich nun ebenfalls in die Debatte einzumischen, ob Afrika vorankommt oder nicht, werde ich einige zentrale Konzepte diskutieren und zeigen, wie wichtig solche Konzepte dafür sind, wie wir die Frage der Entwicklung in Afrika angehen.

Entwicklung – was soll das heißen?

Selbst ein kursorischer Blick in die Literatur zu diesem Thema bringt eine überraschende Breite an möglichen Definitionen von Entwicklung zutage. Dabei sind im wesentlichen zwei Hauptperspektiven zu unterscheiden: eine primär ökonomische und eine in erster Linie sozio-politische Betrachtungsweise. Natürlich sind beide miteinander verbunden. Doch weil die ihnen zugrundeliegenden Annahmen kaum diskutiert werden, sind die derzeitigen Debatten oft ein Gespräch der Gehörlosen. Es wird aneinander vorbei geredet.

Das ökonomische Verständnis ist geradeheraus: es zielt auf eine Evolution, die Wachstum mit einem Wandel der Produktion von der Landwirtschaft hin zur Industrie verbindet. Entwicklung findet statt, wenn das Wirtschaftswachstum größer als das Bevölkerungswachstum ist und sich selbst trägt. Der sozio-politische Ansatz vertritt ein breiteres Verständnis. Hier wird Entwicklung mit einem Zuwachs an Freiheit und Wohlergehen gleichgesetzt, statt nur mit Einkommen und Industrialisierung. Auch wenn Wachstum als wichtig erachtet wird, geht es vor allem um Armutsminderung. Dieser Ansatz kulminierte in der Festlegung der Millenniumsentwicklungsziele, die auf Armut, Gleichheit und soziale Wohlfahrt statt auf Wachstum ausgerichtet sind.

Der Übergang zu einem eher sozial orientierten Verständnis von Entwicklung ging mit einer neuen Beachtung der in den afrikanischen Ländern offenbar relevanten politischen Faktoren einher. Demokratie wurde nun als erster Schritt für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Zugleich wurden zwei Faktoren zum Lackmustest für Entwicklung: die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Politik und die Armutsminderung vor Ort. Dieser Wandel des Entwicklungsverständnisses hat dazu geführt, dass die Analyse der Zustände in Afrika sehr wenig Kohärenz hat. Je nach Standpunkt kann man nun gleichermaßen Fortschritt oder Versagen feststellen. Bleibt man bei einer hauptsächlich ökonomischen Betrachtungsweise, lässt sich leicht nachweisen, dass afrikanische Länder, die in den 1960er Jahren ein ähnliches oder gar höheres BIP hatten als viele ostasiatische Länder, keinerlei nachhaltiges Wachstum erreicht haben. Aus sozio-politischer Sicht hingegen sind Fortschritte in der Demokratisierung und in manchen der von den Millenniumsentwicklungszielen abgedeckten Bereiche verzeichnen.

Wozu Hilfe? Die Politik der Geber und die Rechtfertigung der Hilfe

Wir wissen somit derzeit nicht mehr, wovon wir reden, wenn wir von Entwicklung sprechen. Westliche Regierungen, internationale Geber, NRO und nationale EZ-Organisationen suchen nach Entwicklungsdefinitionen, die sowohl berücksichtigen, was vor Ort wirklich

passiert, als auch zugleich etwas von dem Fortschritt reflektieren, von dem sie glauben wollen, dass er in Afrika stattfindet. Normative und ideologische Erwägungen haben die nüchterne Vision der Ökonomen der 1960er Jahre hinsichtlich messbarer Kriterien von selbsttragendem Wachstum, Investitionen und Diversifizierung übertrumpft. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem die Geber – um es überspitzt auszudrücken – sagen, dass Entwicklung stattfinden muss, da ja Entwicklungshilfe geleistet wird.

Die ganze Idee von Wachstum in Afrika ist also eng an die Frage der Entwicklungshilfe geknüpft. Während nun die bekannten geopolitischen und wirtschaftlichen Gründe für die Hilfe in Afrika ausgiebig diskutiert werden, werden Ideologie, Kultur und Ethik der Geber – die von großer Bedeutung sind – kaum beachtet. Entwicklungshilfe wird üblicherweise mit einer Kombination von wirtschaftlichen und ethischen Faktoren begründet. Die beiden Extreme sind hierbei einerseits China mit seinem offensichtlichen Interesse an Erdöl, Mineralien und Land und andererseits die skandinavischen Länder, die sich als vollständig interessenslose Geber verstehen, welche nur danach streben, Armut und Ungleichheit zu reduzieren.

Die gegenwärtige Feindseligkeit des Westens gegenüber der chinesischen Entwicklungshilfe zeigt, wie wichtig es ist, die Ideologie der Geber zu berücksichtigen. Der vordergründige Einwand gegen die chinesische Politik ist, dass es Afrika letztlich besteche, um an dessen Ressourcen zu kommen und dass es dies ungeachtet der Art der afrikanischen Regime tue, selbst wenn diese wegen massiver Verletzung der Menschenrechte angeklagt seien. Doch entlarvt dieses Argument nur die Scheinheiligkeit westlicher Geber, die an den Reichtümern des Kontinents genauso interessiert, in ihrer Hilfspolitik aber durch innenpolitische Erwägungen beschränkt sind. Öffentliche Meinung und parlamentarische Verantwortung machen es schwierig, solche Fragen wie Entwicklung, Armut, Rechtschaffenheit, Korruption und Gewalt zu ignorieren, die in der westlichen Presse Schlagzeilen machen und die Argumente von NRO untermauern. Und je stärker der moralische Imperativ des Gebens ist, umso stärker ist auch die Notwendigkeit daran zu glauben, dass Hilfe Entwicklung befördert – also Theorien zu folgen, die Hilfe als Entwicklungsimpuls sehen und solche zu ignorieren, die dies hinterfragen.

Mein Punkt ist also, dass Theorien über die Relevanz der Hilfe für die Entwicklung in Afrika oft von Faktoren beeinflusst sind, die mit dem Selbstbild der westlichen Geber zu tun haben, und mit der Notwendigkeit westlicher Politiker, ihr wohlwütiges Engagement zu demonstrieren. Ein wesentlicher Grund, warum manche westliche Regierungen Hilfe geben oder sogar ihr Entwicklungshilfebudget auf 0,7% des BSP erhöhen wollen, ist schlichtweg, dass dies politisch vorteilhaft ist – ganz ungeachtet der Evidenz, welchen Beitrag diese Hilfe zur Entwicklung leistet. Daher der Schock im Westen, als Dambisa Moyo ihr Buch *Dead Aid: why aid is not working and how there is a better way for Africa* veröffentlichte. Und ganz gleich, wie triftig ihre Argumente waren oder nicht, sie hat einen gewichtigen Punkt angesprochen, der nicht länger ignoriert werden kann.

Das Aufzwingen westlicher Normen der Rechenschaftspflicht

Heutige Theorien von Entwicklung definieren – in ihrer Betonung von guter Regierungsführung (*good governance*) – Demokratisierung über Rechenschaftspflicht. Das Argument ist simpel: Wenn Politiker gewählt werden müssen, müssen sie sich mit den Bedürfnissen der Öffentlichkeit auseinandersetzen und für das Wohl des Landes arbeiten. Und tatsächlich scheint es auf den ersten Blick, dass Politiker heute sehr erpicht darauf sind, wiedergewählt zu werden und dass sie zu Themen Kampagnen machen, die sie für relevant für die Wähler halten. Gelegentlich – wenn auch derzeit immer seltener – werden Politiker und Regierungen auch abgewählt, was die Wahrnehmung bestärkt, dass die Wählerschaft jene, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, sanktioniert hätte – dass sie die Politiker also zur Verantwortung gezogen haben. Es ist allgemeine Auffassung in der EZ- und Geberindustrie, dass Demokratisierung die Rechenschaftspflicht tatsächlich und zum Vorteil der Bürger verbessert hat. Je mehr Wahlen es also gibt, umso wichtiger sind sie.

Doch das ist eine unvollständige, um nicht zu sagen grob vereinfachende Analyse dessen, was in Afrika vor sich geht – aus drei Gründen: Erstens ist die Projektion des westlichen Konzepts von Rechenschaftspflicht auf Afrika nicht abgesichert. Zweitens ignoriert dies, was man informelle Formen der Rechenschaft nennen könnte, welche aber oft wichtiger sind als erstere. Drittens untergräbt die Gewährung von Hilfe selbst die Prozesse einer funktionierenden Rechenschaft.

Im postkolonialen Afrika gewannen die Machthaber ihre Legitimität zunächst daraus, dass sie dem Kontinent die Unabhängigkeit brachten. Danach erhielten sie sich ihre Macht mit einer zweckmäßigen Kombination von Patrimonialismus und Zwang. Die Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten stützte sich nie auf den Nexus von Repräsentation und Besteuerung wie in westlichen Demokratien. Bis heute sind Steuern eine relativ geringe Quelle staatlicher Einkünfte, und es gibt kaum eine bedeutsame Verbindung zwischen dem Zahlen von Steuern und der Bereitstellung von Dienstleistungen. Die Ausübung von Macht bleibt im Wesentlichen patrimonial, d.h. Rechenschaft wird in dem gesehen, was Patrone ihren Klienten bereitstellen. Entscheidend ist dabei, dass sowohl Patrone als auch Klienten erwarten, dass diese Beziehung Bestand hat – die Patrone, weil sie politische Unterstützung brauchen, die Klienten, weil mangels eines funktionierenden, öffentliche Güter bereitstellenden Staats Patrone die einzige Alternative sind.

Daher sind die wichtigsten Formen der Rechenschaft weiterhin informell – was nur heißt, dass sie nicht Teil unserer politischen Theorien des heutigen Afrika sind. Informelle Rechenschaft nimmt unzählige Formen an, sie reicht von der Notwendigkeit, die eigene Gemeinschaft zu begünstigen bis hin zu der Pflicht, die Vorfahren in angemessener Weise zu versöhnen. Wenn – um ein krasses Beispiel zu bemühen – Politiker mögliche Hexerei in ihrem Dorf mehr fürchten als die Sanktionen ihrer Wählerschaft (u.a. deshalb, weil sie wissen, wie sie sich die nötigen Stimmen sichern können), dann ist klar, dass die wirklich relevante Form der Rechenschaft nicht die ist, die sich die Befürworter von *good governance* vorstellen.

Indem also die Regierungen lernen, Mehrparteienwahlen ‚handzuhaben‘, nimmt die Bedeutung der Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern ab, auch wenn Wahlen wichtig sind. In der Praxis bleibt die treibende Kraft politischer Rechenschaft patrimonial, eine Tatsache, die anzuerkennen sich die Hilfsindustrie schlichtweg weigert. So sehr auch die neuen Strukturen der Afrikanischen Union die Bedeutung demokratischer Rechenschaftspflicht betonen – v.a. weil die Geber dies hören wollen – diktiert doch die Realität des Kontinents, dass Herrscher weitgehend auf andere Weise verantwortlich gehalten werden.

Paradoxerweise ist gerade die Entwicklungshilfe eines der größten Hindernisse für wirk-

same Rechenschaft – aus vier Gründen. Erstens sind afrikanische Regierungen so abhängig von der Hilfe, dass die Rechenschaft gegenüber den Gebern Priorität hat, oft wider besseres Wissen. Zweitens ist die sogenannte Zivilgesellschaft in Afrika ebenfalls nahezu vollständig von externen Mitteln abhängig und daher gegenüber ausländischen NRO rechenschaftspflichtig. Drittens unterläuft die von den Gebern erzwungene ‚gute Regierungsführung‘ mögliche eigene Rechenschaftsformen. So gibt der PRSP-Mechanismus zivilgesellschaftlichen Organisationen (die weitgehend von der Regierung ausgesucht werden) größere Mitsprache als dem gewählten Parlament, das dann häufig nur noch die Entscheidungen der Exekutive absegnen darf. Und schließlich bringt die überdeutliche Betonung politischen Wettbewerbs durch die Geber Politiker dazu, zu tun, was immer auch nötig erscheint, und sei es, Gewalt anzuwenden, um zu gewinnen. Diese Unterwanderung der demokratischen Idee schadet nicht nur einer wirklichen Übernahme politischer Verantwortung, sondern ist auch ein deutlicher Beleg für die Grenzen von Demokratie. Am Ende hat der normale Wähler keinen Grund zur Annahme, dass Demokratie etwas anders sei als nur eine Variante patrimonialer Politik.

Schlussfolgerungen

Wenn unsere Konzeptualisierung zentraler Aspekte von Entwicklung in Afrika nicht nur zu eng, sondern irreführend ist, müssen wir uns fragen, wie unsere Herangehensweise geändert werden kann. Der wichtigste Grund, weshalb wir eine andere Perspektive brauchen, ist, dass wir weiterhin Theorien verwenden, die definitiv unzulänglich für die Erklärung der wesentlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Kontinent sind. Es kommt darauf an:

(a) sich vor dem westlichen Standpunkt in Acht zu nehmen und zu lernen, ‚mit der Faser‘ zu arbeiten

Bemerkenswert an den heutigen Entwicklungsmodellen ist, dass sie alle der Sichtweise des Westens entstammen. Überraschend ist dies natürlich nicht: Ziel der Entwicklungshilfe ist es schließlich, afrikanischen Ländern zu helfen, sich so schnell wie möglich zu entwickeln – warum sollten dann, wenn wir den Afrikanern aufgrund unserer Erfahrungen Abkürzungen anbieten können, diese nicht von Erkenntnissen unserer Theorien profitieren? Dieses Problem des Standpunkts ist

jedoch das wohl größte Hindernis für einen Paradigmenwechsel, der die Hilfe weitaus produktiver machen könnte als sie es die letzten fünfzig Jahre war.

Die Folgen dieser westlichen Sichtweise sind zahlreich. Der schwerwiegendste Effekt ist, dass wir die afrikanische Realität aus Sicht unserer Theorien angehen und vor Ort Bestätigung für das suchen, was nach dem, was uns gelehrt wurde, die entscheidenden wirtschaftlichen und sozio-politischen Vorgänge sind. Beispielsweise setzen Ökonomen, obwohl sie mittlerweile akzeptiert haben, dass das Gros der wirtschaftlichen Aktivität in Afrika im ‚informellen‘ Sektor angesiedelt ist, weiterhin ökonomische Standardtheorien ein, um die Strategien zu formulieren, von denen man annimmt, sie brächten Entwicklung. Ähnlich kann sich das Beharren auf dem Mehrparteienwettbewerb als Hindernis für die Schaffung einer politischen Kultur erweisen, in der die Menschen akzeptieren, dass ein demokratisches System nach westlichem Vorbild für sie besser ist als der existierende Patrimonialismus. Und schließlich ist die Annahme, dass die Zivilgesellschaft per se ein Schlüssel zur Demokratisierung der Politik ist, viel zu simpel. Es ist keineswegs klar, dass es in Afrika eine Zivilgesellschaft nach europäischem Modell gibt. Der Nachdruck, mit dem die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die Geber betont wird, hat dazu geführt, dass sich die Afrikaner eine Zivilgesellschaft ‚erfinden‘, die jene des Westens widerspiegeln soll, statt mit Organisationen zu arbeiten, die den komplexen lokalen Gegebenheiten entsprechen.

Die Illusion, dass unser Standpunkt universell sei, wird von zwei Faktoren befördert. Der erste ist, dass davon, dass die afrikanischen Partner der von uns verfochtenen Politik zustimmen, die Finanzierung abhängt; ihre Zustimmung liegt also ihrem Interesse – und bestärkt uns in unserem Glauben, dass das Problem in Afrika nicht unsere Politikberatung ist, sondern deren unzulängliche Umsetzung. Der zweite besteht darin, dass die meisten Afrikaner im Westen oder an afrikanischen Einrichtungen, die in den Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften westliche Curricula haben, ausgebildet wurden. Die Finanzierung bewirkt Konformität, und diese ist schädlich für Erkenntnis.

Statt uns darauf zu konzentrieren, wie der Kontinent für die vermuteten Anforderungen einer westlichen Modernisierung fit gemacht werden kann, sollten wir fragen, wie Entwick-

lungspolitik ‚mit der Faser‘ statt dagegen arbeiten kann. Hierzu ist das von DfID finanzierte Forschungsprojekt ‚African Power and Politics‘ am Overseas Development Institute ein willkommener erster Schritt. Sein Anspruch ist, Belege für die erfolgreiche Bereitstellung öffentlicher Güter in Afrika zu finden, auch wo dies nicht entsprechend ‚guter Regierungsführung‘ erfolgt. Ein Konzept, das aus einem Vergleich der Erfahrungen asiatischer und afrikanischer Länder seit den 1960er Jahren resultiert, ist der ‚Entwicklungspatrimonialismus‘ – womit gemeint ist, dass Klientelismus kein Hindernis für Entwicklung sein muss, solange die Renten zentralisiert und langfristig investiert werden.

(b) sich mit der Geschichte Afrikas auseinandersetzen, um die afrikanische Wirklichkeit besser zu verstehen

Die meisten Entwicklungstheorien und Politikempfehlungen sind lassen die Geschichte Afrikas völlig außer Acht. Auch wenn gelegentlich einmal der Einfluss kolonialer Herrschaft in der Analyse berücksichtigt wird, so gibt es doch praktisch keinen Bezug zur vorkolonialen Entwicklung des Kontinents. Das lässt einerseits vergessen, dass unsere Theorien auf westlichen Erfahrungen basieren und in einem so andersartigen Umfeld wie Afrika relevant sein können – oder eben auch nicht. Und es macht uns blind für Realitäten vor Ort, die für die Situationsanalyse und die strategische Vorgehensweise von ganz unmittelbarer Bedeutung sind.

Eine bekannte historische Erkenntnis ist, dass europäische und asiatische Länder sich wirtschaftlich entwickelten, bevor sie demokratisch wurden, unter autoritären, notorisch korrupten Regimes. Die heutige Annahme, dass Demokratisierung die Entwicklung in Afrika fördern wird, widerspricht insofern den Lektionen der Geschichte. Was nun die afrikanische Geschichte betrifft, muss die Bedeutung unterschiedlicher kolonialer System für das Operieren und die Wirksamkeit heutiger Bürokratien geprüft werden. Es ist nahezu unmöglich, die politischen Geschehnisse in Nigeria seit der Unabhängigkeit ohne ein solides Wissen über die vorkolonialen politischen, religiösen und ethnischen Spaltungen zu verstehen. Diese haben viel mehr Kontinuität als die meisten Strategie-Papiere nahelegen. Ebenso wäre es sinnlos, sich mit der Frage von Landeigentum und -nutzung in der Aschanti-Region in Ghana zu befassen, ohne zu wissen, wie diese Frage von den Stammesautoritäten historisch und lange vor der

kolonialen Herrschaft verstanden und gehandhabt wurde.

Ähnlich macht es wenig Sinn, sich in Friedenssicherung und Konfliktlösung zu engagieren, ohne die Geschichte zu kennen, die den Unruhen zugrunde liegt. So einfach es scheinen mag, die Ursachen in Gier, Missständen, Ethnizität, Ressourcen usw. zu suchen: Konflikte wurzeln häufig in seit langem bestehenden Vorgeschichten von Rivalität, Krieg und Konkurrenz. RENAMO in Mosambik beispielsweise wurde zunächst für eine schlichte Banditengruppe gehalten, dann für einen Ableger der südafrikanischen Sicherheitskräfte, und schließlich für eine politische Partei, die versuchte, an die Macht zu kommen. All das ist richtig, aber die Ergebnisse der Wahlen seit 1994, die die eklatante regionale Spaltung zum Ausdruck bringen, müssen im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen dem expandierenden Gaza-Reich und den unterdrückten Schona-Sprechern der Sambesi-Region im 19. Jahrhundert gesehen werden. Diese Spaltung, die den nationalen Befreiungskrieg beeinflusste, wirkt sich bis heute aus.

(c) Annahmen über entwicklungspolitische Wirkungsketten zu hinterfragen

Und schließlich müssen wir das verzwickte Problem der Kausalität besser angehen. Entwicklungspolitische Entscheidungen basieren auf grundsätzlichen Strategien (policies), und diese werden von Theorien abgeleitet, die ihre Validität begründen. Doch agiert die EZ-Industrie auf der Basis von Annahmen, die sie selten in Frage stellt. Ein näherer Blick darauf, weshalb diese Annahmen getroffen werden, zeigt, dass dies nicht so ist, weil sie auf guter Theorie fußen. Vielmehr entstammen sie einer Mischung der Ideologie in den Geberländern und der Notwendigkeit, nach Jahren fehlgeschlagener Versuche, in Afrika per Kaltstart Entwicklung in Gang zu setzen, konstruktive Aufbastrategien vorzulegen. Doch sind gute Intentionen kein Ersatz für einen unvoreingenommenen Blick darauf, welche Kausalitäten plausibel sind und welche nicht. EZ-Organisationen müssen diese Annahmen viel gründlicher hinterfragen.

Ich habe bereits angedeutet, dass zwei Kernannahmen zur Kausalität vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen zumindest ernsthaft in Frage zu stellen sind: die Annahme, dass Entwicklung vom Markt - und nicht vom Staat - befördert werde und die Annahme, dass Mehrparteienwahlen und Demokratisierung

Voraussetzungen für Entwicklung seien. Ich schließe mit einem Blick auf zwei weitere Annahmen, die in der Hilfsindustrie üblich sind.

Die erste ist, dass Hilfe Entwicklung voranbringt und dass mehr Hilfe das noch mehr tun wird. Hier ist ein Kernproblem, dass überhaupt nicht unterschieden wird zwischen Hilfe als Mittel, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, und Hilfe als Auslöser von Entwicklung. Implizit wird angenommen, dass das eine dem anderen dienen wird. Doch gibt es kaum Belege dafür, dass die Finanzierung von Programmen, die der Verbesserung der Lebenssituation oder der Armutsminderung dienen, am Ende eine nachhaltige Entwicklung bewirken. Das sind zwei verschiedene Prozesse. Nach Meinung diverser Analytiker ist es durchaus möglich, dass Hilfe eine Politik, die nachhaltiger Entwicklung dient, konterkariert. Weiterhin ging die Armut im Westen und in Asien erst dann deutlich zurück, als der wirtschaftliche Fortschritt den Arbeitern mehr politische Macht gab, mit der sie autoritäre Regime zwingen konnten, den Armen mehr Ressourcen zukommen zu lassen. Insofern lässt sich behaupten, dass ein Fokus auf Armut in zweierlei Hinsicht der Entwicklung abträglich sein kann. Erstens entlastet er die jeweiligen Regierungen von ihren Pflichten gegenüber den weniger gut gestellten Bürgern und schützt sie vor jenen, die ihrer Wut gegen nutzlose Politiker Luft machen wollen – was eine Form von Rechenschaft wäre. Zweitens lenkt dieser Fokus von Maßnahmen für produktive Investitionen ab, die zu nachhaltigem Wachstum führen.

Als letztes Beispiel ist die Annahme fraglich, dass Dezentralisierung effektiver darin sei, Entwicklung in Gang zu setzen, als zentral kontrollierte Planung. Es mag sein, dass Dezentralisierung mehr lokale Kontrolle über die Nutzung von Ressourcen bringt und sogar bewirkt, dass mehr zentrale Ressourcen die unteren Ebenen erreichen. Doch gibt es keinerlei solide Evidenz, dass diese Maßnahmen kausal Entwicklung begünstigen, zumal lokale Akteure gegenüber den zentralen Autoritäten rechenschaftspflichtig bleiben. Natürlich ist es eine gute Sache, wenn die lokale Bevölkerung die Budgets ihrer Schulen und Krankenhäuser kontrollieren kann, doch die Qualität dieser Einrichtungen bleibt abhängig von den Investitionen der Regierung in Bildung und Gesundheit. Und in jedem Fall können Bildung und Gesundheit nur dann für

Entwicklung nützlich sein, wenn es Raum für wirtschaftliche Aktivitäten gibt, die sowohl dem Einzelnen und als auch der Ökonomie des Landes insgesamt dienen.

Wie groß auch immer unser Wunsch nach einer Entwicklung ist, die für Afrikaner ein besseres Leben und eine hoffnungsvollere Zukunft bringt: Wir müssen wachsam sein, was wir verfechten – und warum. Meine Behauptung ist, dass einer der Gründe für das Versagen unserer – zugegeben wohlmeinenden – entwicklungspolitischen Ratschläge der ist, dass wir bisher nicht in der Lage waren, die Grenzen der von uns verwendeten ökonomischen, sozialen und politischen Theorien zu überwinden. Das Gewicht des un hinterfragten Paradigmas, mit dem wir arbeiten, ist wahrscheinlich eines der größten Hindernisse, zu verstehen, was heute in Afrika geschieht und so die eigene Entwicklung der afrikanischen Länder besser zu unterstützen. ■